

Ortsvorsteher in der Kritik

■ **Betrifft:** Bericht „Bürger sauer über Ratsentscheid“ in der NW vom 9. Juni.

Ist der Ortsvorsteher noch haltbar? Diese Frage ist aus meiner Sicht von den Bürgerinnen und Bürgern in Dörenhagen zu stellen. Ihr Ortsvorsteher Heinrich Rebbe (CDU), der unter anderem die Aufgabe hat, die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, hat sie in der Ratssitzung zur Windkraftklage unverständlich im Stich gelassen. Einerseits stellt er sich verbal gegen weiteren Ausbau von Windrädern auf, andererseits vertritt er die Interessen eines Investors, mit dem er wirtschaftlich verhandelt ist und stimmt gegen die Weiterführung einer Klage gegen weiteren Ausbau der Windkraft in Borchchen, die letztlich in Zukunft auch den Ortsteil Dörenhagen betreffen wird.

Sieht so die „Fürsorgepflicht“ eines Ortsvorstehers für das Wohl seines Ortsteils aus. Ich denke – nein. Einem Antrag, der nur dem Wohl der Windinvestoren gilt und der inhaltlich, so hat es die intensive Diskussion in der Ratssitzung ergeben, ohne Substanz ist und nur Angstmache der Bevölkerung zur Aufgabe hat, zuzustimmen, ist schon ein starkes Stück gewesen – die vielen Zuhörer im Ratssaal haben das auch lauthals kritisiert. Verlässlichkeit sieht aus meiner Sicht anders aus.

Wenn wir – auch die CDU hat sich doch in letzter Zeit, besonders im Landtagswahl-

kampf, stark als Gegner weiteren Ausbaus von Windkraftanlagen hervorgetan – nicht alle Chancen nutzen, den weiteren Ausbau der Windkraft in Borchchen zu verhindern oder mit dem neuen Flächennutzungsplan zumindest sinnvoll zu steuern, dann werden wir unserer Aufgabe als Ratsmitglieder nicht gerecht. In der Sitzung des Rates war die Gelegenheit dazu gegeben – und die Bevölkerung Dörenhagens hat sich da sicher große Unterstützung von ihrem Ortsvorsteher – aber auch von der gesamten CDU-Fraktion – gewünscht. Sein Verhalten muss Heinrich Rebbe ihnen jetzt erklären – doch mit welchen Argumenten kann er das?

Für alle Beteiligten im Ratssaal war zu spüren, dass es hier um die Unterstützung der Investoreninteressen ging, zumal der Inhalt des Beschlussvorschlages der CDU genau den Inhalt des Investorenbriefes, mit dem Rat und Verwaltung eingeschüchtert werden sollten, wiedergegeben hat. Denn nur drei Tage nach Eingang des Drohbriefes an Verwaltung und Rat hat die CDU-Fraktion ihren Antrag formuliert. Interessant ist, dass Heinz Rebbe sich selbst zu Beginn der Sitzung für „unbefangen“ erklärt hat – was es noch zu überprüfen wäre. Mit diesem Verhalten, seine Bürgerinnen und Bürger einfach „im Wind stehen zu lassen“, hat er jegliches Vertrauen verspielt.

Jürgen Schmidt

SPD-Mitglied des Rates
33178 Borchchen